

Die Bereitschaft zur Niederlassung schwindet

Ärztetag sieht die Qualität der ambulanten ärztlichen Versorgung in Gefahr

Der Ärztetag hat mit großer Sorge festgestellt, dass die Bereitschaft zur ärztlichen Berufsausübung als niedergelassene Ärztin oder niedergelassener Arzt in freier Praxis zunehmend schwindet. Diese für eine qualitätsvolle ärztliche Versorgung gefährliche Entwicklung sei in erster Linie den seit 1993 erlassenen Kostendämpfungsgesetzen anzulasten: „Gesetzlich eingeführte rigide Ausgabenbudgets haben niedergelassenen Haus- und Fachärzten immer engere Vergütungsfesseln angelegt.“

Die eklatante Unterfinanzierung der ambulanten Versorgung werde besonders deutlich am kontinuierlich schrumpfenden Ausgabenanteil der Krankenkassen für ärztliche Honorare von 22 Prozent in den 70er Jahren auf derzeit 16 Prozent des Honorarvolumens der Gesetzlichen Krankenversicherung – bei einem Anteil an der Patientenversorgung von 90 Prozent. Außerdem seien die niedergelassenen Ärzte einer Vielzahl von Reglementierungen unterworfen worden, die Bürokratie und Verwaltungsaufwand vervielfachen.

Hinzu komme die wachsende Verunsicherung durch die Auswirkungen des Wettbewerbs der Krankenkassen mit deren Einkaufs- und Steuerungsmacht, der politisch forcierte Versorgungsstrukturwandel mit einer Vielzahl unterschiedlicher Versorgungsformen und die weitere Öffnung der Krankenhäuser als Institutionen für die ambulante Versorgung. Der Ärztetag bekannte sich zwar zu einem echten Qualitätswettbewerb; er müsse aber „in der ärztlichen Versorgung alleine der Qualität dienen und nicht einem marktwirtschaftlichen 'Feilschen' um billige Verträge“. Dies gelte vor allem für die neu eingeführten Direktverträge zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Die frei praktizierenden Ärzte dürften dabei nicht in eine berufliche Abhängigkeit geraten.

Die Gesellschaft des langen Lebens erfordere eine kontinuierliche Betreuung des Patienten durch qualifizierte Hausärzte, so die Ärztetagsdelegierten in ihrer Entschlie- ßung. Auch die ambulante fachärzt-

liche Versorgung durch frei praktizierende Ärzte als prägendes Strukturelement und Qualitätsmerkmal des deutschen Gesundheitswesens dürfe nicht gefährdet werden: „Dass jeder Bürger bei Bedarf in örtlicher Nähe und zeitnah einen Facharzt aufsuchen kann, zeichnet unser Gesundheitssystem aus.“ *uma*

Ärztetag für intensivere Versorgungsforschung

Delegierte wollen eine seriöse Beurteilung der Versorgungssituation in Deutschland

Gesicherte Aussagen über die Qualität des deutschen Gesundheitswesens lassen sich nur auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen des Versorgungsgeschehens treffen. Belastbare Daten zur Beurteilung der Versorgungssituation, wie sie aus mehreren angelsächsischen Ländern vorliegen, gibt es für Deutschland aber kaum. Dieser Mangel führte in den letzten Jahren nicht selten dazu, dass vermeintliche Defizite der Leistungserbringung im hiesigen Gesundheitswesen beklagt wurden.

Dr. Stefan Windau, Vizepräsident der Sächsischen Landesärztekammer, forderte daher in seinem Referat vor dem Ärztetag eine sachgerechte Auseinandersetzung mit der Versorgungssituation aufgrund wissenschaftlich evidenter Zahlen für Deutschland. Mit dem Ausbau der Versorgungsforschung wird die Ärzteschaft nach seiner Auffassung in die Lage versetzt, sich auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen zu gesundheitspolitischen Themen zu äußern und konkrete Lösungen aufzuzeigen.

Die Bundesärztekammer habe ein Rahmenkonzept zur Förderung der Versorgungsforschung vorgelegt, auch um die notwendige Weiterentwicklung und Anerkennung der Versorgungsforschung innerhalb der Hochschulen zu erreichen. Als prioritäre Themenfelder für eine erste Konkretisierung des Rahmenkonzeptes seien die Implementierung von Leitlinien in den ärztlichen Alltag, der Einfluss der Ökonomisierung der stationären und ambulanten ärztlichen Leistung auf die Patientenversorgung, die Freiheit der ärztlichen Tätigkeit sowie der „physician factor“ ausgewählt worden. Dabei sollen die Verhältnisse in der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung besonders berücksichtigt werden.

Die Delegierten des Ärztetages folgten nach langer Diskussion dem Vorschlag des Vorstandes der Bundesärztekammer (BÄK) und bestätigten das vorgelegte Rahmenkonzept sowie die damit verbundene Anschubfinanzierung, die auf sechs Jahre angelegt ist. 750.000 Euro sollen dafür jährlich von der BÄK bereitgestellt werden. *sas*